

4132/AB XX.GP

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 10. Juli 1998

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde haben am 12. Mai 1998 unter der Nr. 4379/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Schaffung eines Neuen Transatlantischen Marktes (NTM) gerichtet, deren Wortlaut in der Beilage A angeschlossen ist.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Um die Handels - und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den USA nach Verabschiedung der "Neuen Transatlantischen Agenda" im Jahr 1995 auf eine neue Ebene zu heben, verabschiedete die Kommission am 11.3.1998 einen Vorschlag für den Abschluß eines Abkommens zur Schaffung eines "Neuen Transatlantischen Marktes". Dieser Vorschlag enthält folgende wesentliche Elemente:

- Beseitigung der technischen Hemmnisse im Warenverkehr
- Beseitigung der Zölle für gewerbliche Waren auf der Grundlage der Meistbegünstigung bis zum Jahr 2010;
- Schaffung einer Freihandelszone für den Dienstleistungsverkehr;
- Liberalisierung des öffentlichen Vergabewesens, der Rechte an geistigem Eigentum und der Investitionen über den bestehenden multilateralen und plurilateralen Rahmen hinaus.

Österreich hat sich im Sinne einer weiteren Vertiefung der Beziehungen grundsätzlich positiv zu diesem Vorschlag geäußert, gleichzeitig jedoch klargemacht, daß dabei auf andere Handelspartner, wie insbesondere Kanada und Mexiko Rücksicht zu nehmen ist und die WTO - Kompatibilität, insbesondere hinsichtlich der Dienstleistungsaspekte, gesichert sein muß. Schließlich müßten die europäischen Interessen definiert und durch ein entsprechendes Verhandlungsmandat abgesichert sein.

Zu Frage 2:

Im Verlauf der EU - internen Diskussion zeigte sich, zuletzt bei der Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 27./28.4.1998, daß zum "Neuen Transatlantischen Markt" unter den Mitgliedstaaten kein Konsens über den Kommissionsvorschlag zu erzielen war. In der Folge wurde von der britischen Präsidentschaft und der Kommission ein alternativer Vorschlag für eine transatlantische Wirtschaftspartnerschaft („Transatlantic Economic Partnership" - TEP) ausgearbeitet, der beim Gipfeltreffen EU - USA am 18.5.1998 angenommen wurde (siehe Beilage B). Wesentlich ist, daß im Rahmen der TEP der Abschluß eines Freihandelsabkommens im Dienstleistungsbereich nicht mehr vorgesehen ist. Die Kommission erarbeitet zur Zeit einen Entwurf für einen entsprechenden Aktionsplan der Gemeinschaft.

Zu Frage 3:

Zu dieser Frage kann, was die TEP betrifft, im gegenwärtigen Zeitpunkt keine konkrete Aussage gemacht werden, da die Kommission zur Zeit einen entsprechenden Aktionsplan ausarbeitet und noch kein Verhandlungsmandat vorliegt. Was das NTM betrifft, erscheint die Frage aufgrund der geänderten Strategie als gegenstandslos.

Zu Frage 4 und 5:

Beim letzten OECD - Ministerrat am 27./28. April 1998 entschieden sich die Minister für folgende weitere Vorgangsweise hinsichtlich der MAI - Verhandlungen:

- Die kommenden Monate werden für eine Bestandsaufnahme und für weitere Konsultationen zwischen den Verhandlungspartnern und interessierten Gruppen in den einzelnen Ländern genützt.
- Die nächste Sitzung der Verhandlungsgruppe wird im Oktober 1998 stattfinden.
- Die Minister weisen die Verhandlungsgruppe an, ihre Arbeit mit dem Ziel fortzusetzen, das MAI erfolgreich und in absehbarer Zeit abzuschließen und dabei auf eine breite Beteiligung interessierter Gruppen zu achten (zeitlich unbestimmte Verlängerung des Verhandlungsmandates, vorerst keine Verlagerung der Verhandlungen auf WTO - Ebene).
- Das WTO - Arbeitsprogramm über Investitionen, das weitere Schritte im Hinblick auf die Entwicklung von Investitionsregeln in der WTO erwarten läßt wird unterstützt.

Österreich hat diesen Beschluß aktiv unterstützt und im übrigen seine Haltung bekräftigt, daß in dieses Abkommen eine verbindliche Klausel zur Verhinderung von Sozial - und Umweltdumping aufgenommen werden müsse. Ich habe gemeinsam mit Bundesminister Farnleitner alle Ressorts, die Bundesländer, die OeNB, die Sozialpartner und den Beirat für Wirtschafts - und Sozialfragen eingeladen, auf Basis des vorliegenden unvollständigen MAI - Vertragsentwurfes zusätzlich zum bisherigen innerstaatlichen Koordinations - prozeß eine vertiefte Analyse allfälliger Auswirkungen auf die österreichische Interessenslage durchzuführen. Parallel dazu werden Gespräche mit NGOs geführt. Im Laufe dieses Sommers werden die Stellungnahmen vorliegen und in das weitere Verhandlungsmadate einfließen.

Anläßlich des EU - USA - Gipfels am 18. Mai 1998 einigten sich die EU und die USA nach mehr als einjährigen Verhandlungen unter anderem auf Regelungen zur Stärkung des Investitionsschutzes. Damit sollen die Differenzen über US - Gesetze, mit extraterritorialen Rechtswirkungen für ausländische Investoren in Drittstaaten (v.a. das sogenannte „Helms - Burton - Gesetz“ und „d´Amato - Gesetz“) beigelegt werden. Die beiden Seiten kamen überein, diesen Vorschlag gemeinsam in die MAI - Verhandlungen einzubringen, in deren Rahmen auch noch offene Umsetzungsfragen der Vereinbarung geklärt werden sollen.

Zu Frage 6:

Inhaltlich lassen sich zu dieser Frage noch keine Detailaussagen machen, es gilt dieselbe Begründung wie bei Frage 3.

Zu Frage 7 bis 9:

Auch hier liegt außer der grundsätzlichen Übereinkunft, daß entsprechende Regelungen angestrebt werden sollen, noch keine konkrete inhaltliche Spezifizierung vor, daher läßt sich derzeit in Bezug auf TEP auch nicht im Detail auf die Fragen eingehen. Die - noch zu formulierende - österreichische Position wird diese Fragen aber zweifellos berücksichtigen.

Zu Frage 10:

Die Dokumente zum Neuen Transatlantischen Markt sind, wie alle Angelegenheiten, die den Ausschuß gemäß Artikel 113 betreffen, routinemäßig auch der Parlamentsdirektion zugegangen. Da der ursprüngliche Gedanke der Schaffung eines Neuen Transatlantischen Marktes nicht weiterverfolgt wird, besteht diesbezüglich auch keine Notwendigkeit einer besonderen Informationsoffensive.

Was die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft (TEP) betrifft, so gilt auch für die diesbezüglichen Dokumentenvorlagen der Standardverteiler für den Artikel 113 - Ausschuß, d.h. automatische Einbeziehung der Parlamentsdirektion in den Dokumentenfluß. Weitergehende Informationserfordernisse können erst nach Vorliegen erster Detailentwürfe beurteilt werden.